

Stand: 14.05.2024 18:07:02

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/9785

"Frauen vor Gewalt schützen: Istanbul-Konvention als EU-Richtlinie"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/9785 vom 16.09.2020
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/11122 des BU vom 22.10.2020
3. Beschluss des Plenums 18/11362 vom 12.11.2020
4. Plenarprotokoll Nr. 60 vom 12.11.2020



Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller, Annette Karl SPD**

Frauen vor Gewalt schützen: Istanbul-Konvention als EU-Richtlinie

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag unterstützt die Istanbul-Konvention des Europarats, durch die sich die Unterzeichnerstaaten verpflichten, jegliche Gewalt gegen Frauen und Mädchen sowie alle Formen häuslicher Gewalt als Verbrechen einzustufen.

Der Landtag verurteilt die Ankündigung Polens, aus dem europäischen Abkommen der Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen vor Gewalt und Diskriminierung in Europa auszutreten.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, in geeigneter Weise darauf hinzuwirken, dass

- auf europäischer Ebene einheitliche Schutzstandards in den Bereichen Prävention, des Opferschutzes, der Strafverfolgung und einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit geschaffen werden, um Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt zu verhindern und zu eliminieren,
- die Inhalte der Istanbul-Konvention als entsprechende EU-Richtlinie verabschiedet werden.

Begründung:

Polen hat angekündigt, aus dem europäischen Abkommen zum Schutz von Frauen vor Gewalt und Diskriminierung in Europa auszutreten. Polen hatte die Istanbul-Konvention 2012 unterzeichnet und 2015 ratifiziert. Justizminister Zbigniew Ziobro will vom Verfassungsgericht prüfen lassen, ob die Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen mit der Landesverfassung vereinbar ist. Sollte Polen die Konvention aufkündigen, würde das Land weiter von europäischen Grundwerten abrücken. Der Europarat nannte den Vorstoß des polnischen Justizministers alarmierend: „Das Aufkündigen der Istanbul-Konvention wäre ein enormer Rückschritt beim Schutz von Frauen vor Gewalt in Europa“.

Die Istanbul-Konvention ist der erste völkerrechtliche Vertrag, mit dem umfassende und spezifische Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen sowie zum Schutz der Opfer formuliert wurden. Die Konvention sieht vor, dass die Gleichstellung der Geschlechter in den Verfassungen und Rechtssystemen der Unterzeichnerstaaten verankert werden muss und alle diskriminierenden Vorschriften abzuschaffen sind. Die einzelnen Maßnahmen sehen für Opfer unter anderem eine Rechtsberatung, psychologische Betreuung, finanzielle Beratung und den Zugang zu Unterbringungsmöglichkeiten, zum Beispiel in Frauenhäusern, vor. Zudem verpflichten sich die Vertragsstaaten, gegen alle Formen körperlicher, sexueller und psychischer Gewalt, gegen Zwangsheirat, Genitalverstümmelung, Zwangsabtreibung und Zwangssterilisation vorzugehen.

In Deutschland ist das Übereinkommen des Europarats am 1. Februar 2018 in Kraft getreten.

Die Erhebung zu Gewalt gegen Frauen von der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) aus dem Jahr 2014 hat ergeben, dass jede dritte Frau nach ihrem 15. Lebensjahr in irgendeiner Form Opfer von physischer und/oder sexueller Gewalt wurde. Jede zehnte Frau hat demnach seit ihrem 15. Lebensjahr sexuelle Gewalt erlitten und jede zwanzigste wurde vergewaltigt. Etwas mehr als eine von fünf Frauen hat körperliche und/oder sexuelle Gewalt von einem gegenwärtigen oder früheren Partner erfahren und 43 Prozent der Frauen haben innerhalb einer Beziehung irgendeine Form von psychisch missbräuchlichem und/oder kontrollierendem Verhalten erlitten.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

**Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr,
Ruth Müller u.a. SPD
Drs. 18/9785**

Frauen vor Gewalt schützen: Istanbul-Konvention als EU-Richtlinie

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„Der Landtag unterstützt die Istanbul-Konvention des Europarats, durch die sich die Unterzeichnerstaaten verpflichten,

- a) Frauen vor allen Formen von Gewalt zu schützen und Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt zu verhüten, zu verfolgen und zu beseitigen;
- b) einen Beitrag zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau zu leisten und eine echte Gleichstellung von Frauen und Männern, auch durch die Stärkung der Rechte der Frauen, zu fördern;
- c) einen umfassenden Rahmen sowie umfassende politische und sonstige Maßnahmen zum Schutz und zur Unterstützung aller Opfer von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt zu entwerfen.“

2. Absatz 2 wird gestrichen.

3. In Absatz 3 wird das Wort „verabschiedet“ durch das Wort „eingebracht“ ersetzt.

Berichterstatter:
Mitberichterstatterin:

**Markus Rinderspacher
Gabi Schmidt**

II. Bericht:

- 1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration und der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie haben den Antrag mitberaten.

2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 27. Sitzung am 22. September 2020 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung
mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Antrag in seiner 39. Sitzung am 22. Oktober 2020 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung
der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.
4. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie hat den Antrag in seiner 32. Sitzung am 22. Oktober 2020 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung
der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Tobias Gotthardt
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller, Annette Karl SPD**

Drs. 18/9785, 18/11122

Frauen vor Gewalt schützen: Istanbul-Konvention als EU-Richtlinie

Der Landtag unterstützt die Istanbul-Konvention des Europarats, durch die sich die Unterzeichnerstaaten verpflichten,

- a) Frauen vor allen Formen von Gewalt zu schützen und Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt zu verhüten, zu verfolgen und zu beseitigen;
- b) einen Beitrag zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau zu leisten und eine echte Gleichstellung von Frauen und Männern, auch durch die Stärkung der Rechte der Frauen, zu fördern;
- c) einen umfassenden Rahmen sowie umfassende politische und sonstige Maßnahmen zum Schutz und zur Unterstützung aller Opfer von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt zu entwerfen.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, in geeigneter Weise darauf hinzuwirken, dass

- auf europäischer Ebene einheitliche Schutzstandards in den Bereichen Prävention, des Opferschutzes, der Strafverfolgung und einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit geschaffen werden, um Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt zu verhindern und zu eliminieren,
- die Inhalte der Istanbul-Konvention als entsprechende EU-Richtlinie eingebracht werden.

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsverstöße und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 3)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 3)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Herr Abgeordneter Plenk (fraktionslos). Damit ist auch dieses Votum entsprechend protokolliert, und der Landtag übernimmt die Voten.

Jetzt kommt das Ergebnis zu dem Antrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/7304. Mit Ja abgestimmt haben 26 Abgeordnete, mit Nein 75, Enthaltungen: 8. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die Verfassungsstreitigkeit und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 5)

Es bedeuten:

- | | |
|--------|--|
| (E) | einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses |
| (G) | Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen |
| (ENTH) | Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss |
| (A) | Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss |
| (Z) | Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss |

Verfassungsstreitigkeit

1. Verfassungsstreitigkeit
Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom
28. September 2020 (Vf. 85-VII-20) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
des Art. 108 Abs. 8 des Bayerischen Besoldungsgesetzes (BayBesG)
vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 764, BayRS 2032-1-1-F), das zuletzt
durch § 6 des Gesetzes vom 19. März 2020 (GVBl. S. 153) geändert
worden ist
PII-G1310.20-0028
Drs. 18/10773 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

[illegible]

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoglu u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Der rechtsextremen Musikszene den Stecker ziehen
Drs. 18/5750, 18/10836 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☐	☐	☐

3. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Michael Busch, Martina Fehlner u.a. SPD
Familien im Alltag unterstützen - Erziehungs- und Familienberatungsangebote ausbauen
Drs. 18/8147, 18/10931 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☐	☐	☐

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gaming-Szene in Bayern I: Sichere und vertrauensvolle Gaming-Communities schaffen
Drs. 18/8235, 18/11040 (A)

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gaming-Szene in Bayern II: Forschungscluster über u. a. rechtsextremistische Radikalisierungsprozesse und Netzwerke in Gaming- und Kommunikations-Plattformen und Subkulturen im Internet
Drs. 18/8236, 18/11041 (A)

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gaming-Szene in Bayern III: Medienbildung für pädagogische Fachkräfte in Schulen stärken
Drs. 18/8237, 18/11042 (A)
7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gaming-Szene in Bayern IV: Medienbildung für pädagogische Fachkräfte in Jugendhilfe und -arbeit stärken
Drs. 18/8238, 18/11043 (A)
8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gaming-Szene in Bayern V: Anerkennung von E-Sport
Drs. 18/8239, 18/11044 (A)
9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gaming-Szene in Bayern VI: Sicherheitskräfte für das digitale Zeitalter stark machen
Drs. 18/8240, 18/9866 (A)
10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gaming-Szene in Bayern VII: Lagebild zu Radikalisierung, Rassismus, Queer- und Frauenfeindlichkeit und Antisemitismus auf Online-Plattformen
Drs. 18/8241, 18/9867 (ENTH)

Die Anträge der Nrn. 4.-10. werden in einer der nächsten Plenarsitzungen gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Winfried Bausback, Robert Brannekämper, Bernhard Seidenath u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Hubert Faltermeier u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zum Stand der Planungen zur Erweiterung des Universitätsklinikums Würzburg
Drs. 18/8823, 18/10826 (E)

**Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER gemäß
§ 126 Abs. 3 BayLTGeschO** Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

15. Antrag der Abgeordneten Stefan Löw, Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Berichtsantrag: Krisenmanagement zur Corona-Pandemie
Drs. 18/8824, 18/10838 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

16. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Martin Böhm, Franz Bergmüller u.a. und Fraktion (AfD)
Transferunion stoppen - Arbeitslosenversicherungen müssen national bleiben
Drs. 18/8929, 18/10896 (A)

Der Antrag wird gesondert beraten.

17. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Tanja Schorer-Dremel, Petra Guttenberger u.a. CSU Kinder- und Gewaltschutz während der Corona-Pandemie
Drs. 18/8944, 18/10715 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

18. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Tanja Schorer-Dremel, Petra Guttenberger u.a. CSU Ausbau ergänzender Hilfs- und Unterstützungsmöglichkeiten im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe
Drs. 18/8945, 18/10932 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☐	☒	☒

19. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Tanja Schorer-Dremel, Petra Guttenberger u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Kinderschutz in Bayern weiterentwickeln - Kindeswohl noch stärker in den Blick nehmen
Drs. 18/8946, 18/10933 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☐ ENTH	☒	☐	☒	☒

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

21. Antrag der Abgeordneten Christian Flisek, Volkmars Halbleib,
Doris Rauscher u.a. SPD
Umsetzung des "Zukunftsvertrags Studium und Lehre stärken"
für eine Entfristungsoffensive nutzen
Drs. 18/8977. 18/11104 (G)

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☐	☒	☒

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Neuausrichtung konventionelle Schweinehaltung in Bayern I:
Einrichtung einer zentralen Datenbank zur Erfassung
von Schweineställen
Drs. 18/9241, 18/11100 (A)

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Paul Knobloch u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Neuausrichtung konventionelle Schweinehaltung in Bayern II:
Schweineställe tiergerecht genehmigen und bauen
Drs. 18/9242, 18/11101 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Paul Knobloch u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Neuausrichtung konventionelle Schweinehaltung in Bayern III:
Zukunftsplan Schweinehaltung und Beratungsinitiative für
Tierhalterinnen und -halter
Drs. 18/9243, 18/11102 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐ ENTH

25. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Bio für Bayern - Jahresbericht über die ökologische
Landwirtschaft, Verarbeitung und Vermarktung in Bayern
Drs. 18/9244, 18/11103 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☐	☒	☒

26. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Bio für Bayern - mit einem starken Marketing für die ökologische Landwirtschaft das Staatsziel 30 Prozent Bio bis 2030 erreichen
Drs. 18/9245, 18/11105 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

27. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Martina Fehlner, Christian Flisek u.a. SPD
Regenbogenflagge auch auf Einrichtungen des Freistaates ermöglichen!
Drs. 18/9305, 18/10921 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

28. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayer SPD
Förderlehrkräftenachwuchs sichern - Neues Institut für Förderlehrkräfte in Schwaben und der Oberpfalz eröffnen
Drs. 18/9624, 18/11119 (A)

Antrag der AfD-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO Votum
des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

29. Antrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Zusätzliche Staatsinstitute zur Ausbildung von Förderlehrern
Drs. 18/9702, 18/11120 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

30. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
CIRS-System bei der Bayerischen Polizei implementieren
Drs. 18/9717, 18/10840 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

31. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Pilotprojekt zum Gemeindenotfallsanitäter starten
Drs. 18/9719, 18/10841 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

32. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Situation des Rettungsdienstes I - Epi-Shuttle und Infektions-RTW
Drs. 18/9722, 18/10842 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
					

33. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Situation des Rettungsdienstes II - Personalreserven
Drs. 18/9723, 18/10843 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

34. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,
Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller u.a. SPD
Frauen vor Gewalt schützen: Istanbul-Konvention als EU-Richtlinie
Drs. 18/9785, 18/11122 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☐	☒	☒

35. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
Benachteiligung behinderter und kranker Menschen sofort beenden -
Ausnahmeregeln der Corona-Verordnung für die Betroffenen
durchsetzen
Drs. 18/9829, 18/10722 (A)

Der Antrag wird gesondert beraten.

36. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u.a. und Fraktion (CSU)
Keine Verharmlosung der SED-Diktatur
Drs. 18/9847, 18/10922 (G)

Der Antrag wird gesondert beraten.

37. Antrag der Abgeordneten Christian Klingen, Ralf Stadler, Josef Seidl u.a. AfD
Errichtung und Ausstattung von öffentlichen Toiletten
Drs. 18/9883, 18/11111 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

38. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Harald Güller u.a. SPD
Der Wirtschaftsstandort Bayern muss auch auf einen harten
Brexit vorbereitet sein!
Drs. 18/9892, 18/10866 (A)

Der Antrag wird gesondert beraten.

39. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller und Fraktion (SPD)
Europäische Lebensmittelsicherheits-Behörde senkt Höchstwerte für
PFCs erneut dramatisch: Babys und Kinder stark gefährdet -
Staatsregierung muss endlich handeln!
Drs. 18/9893, 18/11066 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐ ENTH	☐	☐ ENTH	☒	☐

40. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib,
Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Freiheit der Wissenschaft in Ungarn wiederherstellen
Drs. 18/9898, 18/10868 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

41. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Katzenkastrationsverordnung - Kommunen stärken
Drs. 18/9946, 18/11067 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	ENTH

42. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wasserressourcen erhalten, schützen und nachhaltig nutzen!
Drs. 18/9958, 18/11068 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	ENTH

43. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Lebensmittelkontrollen in Bayern stärken, nicht schwächen!
Drs. 18/9959, 18/11069 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

[illegible]

44. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Berichtsantrag zur Verpflichtungserklärung Bayerns im Rahmen des Zukunftsvertrags Studium und Lehre stärken
Drs. 18/9961, 18/10827 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

[illegible]

45. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Christian Klingen, Martin Böhm AfD
Mindest-Erzeugerpreis von 40 Cent pro Kilogramm Milch – Autarkie der Lebensmittelversorgung erhalten
Drs. 18/9982, 18/11107 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
					

46. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Christian Klingen AfD
Tierschutzgerechte Schlachtmethode einführen - Speiseröhren -
Kehlschnitt verbieten
Drs. 18/9985, 18/11070 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „Ablehnung“ zugrunde zu legen.

47. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Strategien gegen die Lebensmittelverschwendung in Bayern ergreifen
Drs. 18/9989, 18/11108 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

48. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Höchstalter der Reserve abschaffen
Drs. 18/10095, 18/10865 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	ENTH	A	Z

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒ ENTH	☐	☐ A	☐	☐

- Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP

- Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

[illegible]

52. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Durchführung einer Dunkelfeldstudie zu strukturellem Rassismus und "Racial Profiling" in der Bayerischen Polizei
Drs. 18/10167, 18/10897 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

53. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Lob statt Generalverdacht - Bayerische Polizeibeamte vor überzogener Kritik bewahren
Drs. 18/10197, 18/10892 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

54. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Bericht zu Extremismus und Dienstsituation bei der Bayerischen Polizei
Drs. 18/10224, 18/10893 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☐	☒	☒

55. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Horst Arnold, Florian Ritter u.a. SPD
Die Polizei vor Generalverdacht schützen.
Unabhängige wissenschaftliche Studie über Rechtsextremismus und Rassismus in der Polizei in Auftrag geben!
Drs. 18/10234, 18/10894 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

56. Antrag der Abgeordneten Manfred Ländner, Tobias Reiß, Holger Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Lagebild des Bundesamts für Verfassungsschutz zu Rechtsextremismus in Sicherheitsbehörden
Drs. 18/10235, 18/10895 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☐	☒	☒